

Dokumentation Paritätische Jahrestagung Asyl 21.-22. Februar 2019

AG 2 Legale Zugangswege: Resettlement und Community Sponsorship

Neben dem regulären Asylverfahren beteiligt sich Deutschland seit 2012 am Resettlementverfahren des UNHCR (Neuansiedlung). Dabei werden aus bestimmten Herkunfts- oder Transitstaaten besonders vulnerable Personen nach UNHCR-Kriterien durch den Bund aufgenommen. Deutschland stellt im Rahmen des EU-Resettlementprogrammes 10.200 Plätze für 2018 und 2019 zur Verfügung.

Die Menschen erhalten dann einen Aufenthaltsstatus und müssen nicht in das reguläre Asylverfahren. Darüber hinaus gibt es Landesaufnahmeprogramme und ein Relocation-Programm für Flüchtlinge aus anderen EU-Staaten. Im Jahr 2019 planen das Bundesministerium des Innern und die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration ein so genanntes Community-Sponsoring-Programm (*NesT – Neustart im Team*): Private Gruppen von Mentor*innen können die Aufnahme von anerkannten Flüchtlingen in Deutschland finanziell fördern. Für 2019 sind 500 Plätze vorgesehen. Im Workshop wird Rebecca Einhoff vom UNHCR einen Überblick über den Stand der Aufnahmeprogramme geben sowie das Community Sponsorship-Programm vorstellen. Gemeinsam mit den Teilnehmenden werden wir Fragen erörtern, welche Perspektiven staatliche und staatlich-private Aufnahmeprogramme in Deutschland haben und welche Rolle Paritätische Mitgliedsorganisationen spielen können.

Input: **Rebecca Einhoff**, UNHCR Deutschland

Moderation: **Stefan Kollasch**, Der Paritätische Gesamtverband

Ergebnisse:

Laut UNHCR waren weltweit noch nie so viele Menschen auf der Flucht: Die Anzahl von knapp 70 Mio Menschen, die als displaced Persons, also als Flüchtlinge oder Binnenvertriebene weltweit nicht in ihrer Heimat leben können, zeigte noch einmal eindrücklich die Bedeutung der Aufnahme von Geflüchteten auch in Deutschland. Im Vortrag wurde deutlich, dass die übergroße Mehrheit dieser Personen weder in europäischen noch in anderen Ländern des globalen Nordens Zuflucht sucht - und dies auch gar nicht plant - sondern in unmittelbarer Nähe ihrer Herkunftsregionen.

Dem weltweiten Bedarf an Resettlement, also der Neuansiedlung von besonders schutzbedürftigen Personen, die in Zufluchtländern leben, aber dort einer besonderen Bedrohung unterliegen, von 1,4 Mio Menschen standen 2018 jedoch nur 55.684 Resettlementplätze gegenüber. Deutschland hat zwar angekündigt, für 2018 und 2019 insgesamt 10.200 Resettlementplätze zur Verfügung zu stellen; hier kann und muss aber darüber hinaus noch mehr passieren, da waren sich die Teilnehmenden einig.

Weiterhin wurden alternative Zugangswege vorgestellt und diskutiert: Diskutiert wurden Wege wie die Vergabe von Humanitären Visa zur Einreise und Durchführung eines Asylverfahrens (ein entsprechender Vorschlag des EU-Parlaments für humanitäre Visa auf EU-Ebene ist im Februar gescheitert), Programme zur Familienzusammenführung (etwa das Family Assistant Program des IOM, finanziert durch das Auswärtige Amt), das Humanitäre

Aufnahmeprogramm aus der Türkei (in dessen Rahmen bisher ca. 3500 Personen in Deutschland aufgenommen wurden) sowie die aktuell geplanten Länderprogramme (Brandenburg will 70 Personen aufnehmen, Schleswig-Holstein 500 bis 2022).

Im zweiten Teil des Workshops ging es um das Aufnahmeprogramm Nest (Neustart im Team), das ebenfalls 2019 starten soll: In diesem Programm soll es für die Zivilgesellschaft möglich sein, als Sponsor*innen/ Mentor*innen sich für eine Aufnahme von Resettlementflüchtlingen aus den Ägypten, Libyen, Jordanien und Äthiopien, zu bewerben. So könnten bis zu 500 Personen mehr aufgenommen werden.

Die Arbeitsgruppe diskutierte die Vor- und Nachteile eines solchen Programms, wobei positiv zu Kenntnis genommen wurde, dass die Aufnahme der Personen zusätzlich zu den bisher zugesagten Resettlementplätzen sei und die Kosten und Risiken der Ehrenamtlichen sich in Grenzen hielten (z.B. der Wegfall der Verpflichtungserklärung, die im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme teilweise zu horrenden Rückforderungen der Kommunen an die Bürg*innen geführt hatten).

Die Fragen richteten sich insbesondere auf Aspekte wie die finanzielle Verpflichtung (im Rahmen von Nest ist eine 2-jährige Finanzierung von Wohnkosten für die Flüchtlinge durch die Sponsor*innen geplant sowie eine einjährige Unterstützung im Integrationsbereich) und die Risiken besprochen. Grundsätzlich gebe es ein Potential auch in den Reihen des Paritätischen für die Teilnahme an einem solchen Programm, so die Teilnehmenden.

Stefan Kollasch

Berlin, 2019